

Mindestlohn

Schwarz-Gelb ist weiter uneins beim Thema Mindestlohn. Nun macht eine Bundesratsinitiative Druck

SEITE 1

Wahlen

2013 und 2014 finden Handwerkskammerwahlen statt. DGB und Gewerkschaften bieten Hilfe und Unterstützung

SEITE 3

Perspektiven

Hunderttausende Jugendliche in Europa sind ohne Arbeit. DGB und Gewerkschaften kämpfen für Perspektiven

SEITE 4/5

Wandel

Das Handwerk erlebt einen Strukturwandel. Was bedeutet das für Betriebsräte und Gewerkschaften?

SEITE 6

Mindestlohn

Die Zeit ist reif

Was sich Union und auch Teile der FDP als Lohnuntergrenze vorstellen können, hat mit einem flächendeckenden Mindestlohn per Gesetz nichts zu tun. Vor allem fehlt eine klare Ansage, wie hoch ein Stundenlohn zwingend sein muss. Für den DGB-Vorsitzenden Michael Sommer sind es „taktische Spielchen“, auf die sich der DGB nicht einlassen würde. „Man tut so, als ob man einen gesetzlichen Mindestlohn einführen will, und plant in Wahrheit einen Flickenteppich aus verschiedenen Lohnuntergrenzen“, kommentiert DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki die Vorschläge der Regierungskoalition.

Nach dem Parteitagsbeschluss der Union, dem sich nun auch die FDP anzunähern scheint, sind differenzierte Lohnuntergrenzen möglich. So könnte eine Thüringerin

trotz „Mindestlohn“ weiterhin weniger verdienen als ihre Kollegin in Bayern. Selbst innerhalb von Branchen oder bestimmten Arbeitnehmergruppen wären Unterschiede möglich. Im Gegensatz dazu fordert der DGB einen gesetzlichen Mindestlohn für alle. Dies wollen nun auch sechs rot-grün geführte Landesregierungen sowie das von SPD und Linke regierte Brandenburg über eine Bundesratsinitiative umsetzen. Nach deren Gesetzentwurf würde definitiv ein Mindestlohn von 8,50 Euro bundesweit gesetzlich festgeschrieben. Selbst wenn Tarif- oder auch Arbeitsverträge unterhalb dieses Niveaus abgeschlossen werden, gilt der Mindestlohn.

Das betrifft auch nach Deutschland entsandte ArbeitnehmerInnen. Sowohl die rot-grüne-Initiative wie auch der CDU/CSU-Plan sehen vor, dass eine Kommission

die Höhe des Mindestlohns ausarbeitet und dem Bundesarbeitsministerium vorschlägt. In der Bundesratsvorlage geht es darum, die jährlichen Erhöhungen festzulegen. Hier soll ein Gremium aus neun Personen, paritätisch besetzt von Arbeitnehmer- und ArbeitgebervertreterInnen sowie Sachverständigen, hinzugezogen werden. Beim CDU/CSU-Vorschlag soll hingegen eine 14-köpfige Gruppe aus Arbeitnehmer- und ArbeitgebervertreterInnen Lohnuntergrenzen vorschlagen, die sich an den allgemein verbindlich erklärten tariflichen Entgelten orientieren.

Wettbewerb

Der DGB sucht im Rahmen seiner Mindestlohnkampagne Fotos, die zeigen, was gute Arbeit ausmacht. Willkommen sind aber ebenso Dokumente, die schlechte Arbeit abbilden, oder welche Folgen sie haben kann. Der Fotowettbewerb soll noch einmal aufrütteln und das Thema mit nach vorne bringen. Ob Hobby- oder Profifotograf, ob in Farbe oder schwarz-weiß, jede/r kann auf der Kampagnen-Homepage bis zum 30. April bis zu drei Fotos im JPEG-Format hochladen. Neben einer Jury dürfen auch alle Nicht-FotografInnen die Bilder online bewerten. Für den ersten Preis gibt es 1000 Euro, Platz zwei wird mit 500 Euro belohnt, und 250 Euro erhält der/die Drittplatzierte. Im Frühsommer werden die prämierten Fotos im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt.

www.mindestlohn.de



Copyright: DGB/Falk

Für DGB und Gewerkschaften steht fest: Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro muss kommen. Info- und Werbematerial zum Thema kann unter www.mindestlohn.de bestellt werden

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

unter dem Motto „1. Mai, unser Tag – gute Arbeit, sichere Rente und ein soziales Europa“ werden DGB und Gewerkschaften am Tag der Arbeit ein deutliches Zeichen setzen. Für uns steht fest: So wie wir jetzt arbeiten und wirtschaften, geht es nicht weiter. Arme werden mehr, Reiche noch reicher. Bei uns steigt die Zahl der unsicheren, prekären Arbeitsverhältnisse. Statt ordentlichen sozialversicherten Arbeitsverträgen gibt es mehr Mini-Jobs und die Werkverträge nehmen zu. Die Renten sollen mittelfristig abgesenkt werden. Später droht so für viele Altersarmut. Mietsteigerungen machen das Leben schwerer. In Süd- und Ost-Europa ist es noch schlimmer: bis zu 50 Prozent jugendliche Arbeitslose in Spanien und Griechenland, fast 20 Millionen Menschen sind in der EU ohne Arbeit. Eine soziale Katastrophe bedroht unseren Frieden. Wir brauchen einen Politikwechsel: für Gute Arbeit, für sichere Renten und für ein soziales Europa!

Die Reformen am Arbeitsmarkt haben in vielen Bereichen schlimme Folgen für ArbeitnehmerInnen und Arbeitslose gehabt. Das Hauptziel wurde nicht erreicht. Die strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit wurde nicht beseitigt – auch nicht im Handwerk. Dabei fehlen schon viele Fachkräfte. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat in den vergangenen dreieinhalb Jahren kaum Anstrengungen unternommen, diese Fehlentwicklungen zu stoppen. Förderung sieht anders aus. Das gilt für ArbeitnehmerInnen wie für Klein- und Mittelbetriebe. Das Krisenmanagement in der EU und der meisten Mitgliedsstaaten führt zu keiner Besserung. Spardiktate, Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen verschärfen die Krise noch weiter und bedrohen Millionen Menschen in ihrer Existenz. Ein umfassendes Programm für eine andere Energieversorgung, für bessere Ausbildung der Jugendlichen und Start-hilfen für regionale, kleinere Unternehmen ist nötig. Wir brauchen einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in der europäischen Politik. Mit einem „Marshallplan“ hat der DGB Vorschläge vorgelegt.

Die größte Katastrophe sind hundertausende junge, arbeitslose Menschen in Spanien, Griechenland, Portugal und anderen europäischen Ländern. Europa ist darauf angewiesen, die Kreativität und Tatkraft aller Menschen, vor allem der Jugend zu fördern und für die Gesellschaft zu nutzen. Es darf keine verlorene Generation geben. Dazu hat die DGB-Jugend unter anderem Mitte März eine große Konferenz mit jungen GewerkschafterInnen aus Europa in Berlin organisiert. Débora Alves vom Jugendausschuss der UGT, einem portugiesischen gewerkschaftlichen Dachverband, berichtet im handwerksinfo-Interview über die Lage in Portugal.

Weitere Themen in dieser Ausgabe sind die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn, der Strukturwandel im Handwerk sowie die anstehenden Handwerkskammerwahlen 2013 und 2014.

Dietmar Hexel, Mitglied im Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstand



Dietmar Hexel,
DGB-Vorstandsmitglied
zuständig für
Handwerkspolitik

Copyright: Simone M. Neumann

Bundesarbeitsgericht

Leiharbeits-Urteil stärkt Betriebsräte



Nach einem aktuellen Urteil des Bundesarbeitsgerichts (BAG) sind LeiharbeiterInnen bei der Bestimmung der Belegschaftsgröße mitzuzählen, die für die Anzahl der Betriebsratsmitglieder ausschlaggebend ist. Dietmar Hexel, DGB-Vorstandsmitglied, begrüßt das BAG-Urteil: „Heute ist ein guter Tag für die Arbeitnehmer und die Demokratie im Betrieb. Wir begrüßen die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts, dass Leiharbeiter bei der Bestimmung der Größe eines Betriebsrates mit der Stammbesellschaft gleichberechtigt sind und mitgezählt werden müssen.“ Bisher wurden Beschäftigte von Leiharbeitsfirmen bei der Berechnung der Größe eines Betriebsrates nicht mit berücksichtigt. „Das war in denjenigen Betrieben besonders falsch und absurd, wo viele Leiharbeiter beschäftigt waren und die Betriebsräte damit reichlich zu tun hatten“, so Hexel. Der DGB sei schon lange dafür, die Kompetenzen und die Handlungsfähigkeit der Betriebsräte in einem Betrieb zu stärken, der Leiharbeiter auf Zeit beschäftigt.

Rentenpolitik

Modell aktualisiert



Nach der umstrittenen Senkung des Rentenversicherungsbeitrags durch die Bundesregierung im letzten Jahr hat der DGB sein Rentenfinanzkonzept aktualisiert. Die neuen Berechnungen zeigen, dass die Sicherung der Renten durch den Aufbau einer Demografie-Reserve auch weiterhin möglich ist, selbst wenn der Beitragssatz auf 22 Prozent bis zum Jahr 2030 begrenzt wird. Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied, betont: „Es ist maßlos enttäuschend, dass die Bundesregierung in der laufenden Wahlperiode nichts gegen Altersarmut unternimmt.“ Die Union müsse Farbe bekennen und den Abbau der Rentenreserven stoppen, um zu vermeiden, dass aus dem Sinkflug der Renten in Zukunft ein Sturzflug wird, so Buntenbach.

Das aktualisierte DGB-Rentenmodell zeigt, dass eine Sicherung der Renten trotz der Beitragssatzsenkung von 19,6 auf 18,9 Prozent möglich ist. Entscheidend sei, dass im nächsten Jahr damit begonnen wird, eine Demografie-Rücklage aufzubauen.

www.dgb.de/-/JLB

Internetportal

Gedenk-Homepage 2. Mai 1933

Zum 80. Mal jährt sich am 2. Mai 2013 die Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund erinnert mit einer Interseite an das gewaltsame Ende der freien Arbeiterbewegung in Deutschland. Die Seite „Zerschlagung der Gewerkschaften 1933 – Zerstörte Vielfalt“ wurde gemeinsam mit Studierenden der Freien Universität Berlin aufgebaut. DGB-Vorsitzender Michael Sommer erinnerte zum Start der Webseite an die Erstürmung der Gewerkschaftshäuser durch die Nationalsozialisten am 2. Mai 1933 und die furchtbaren Folgen für die freie Arbeiterbewegung. „Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden von den Nazis verhaftet, verschleppt, gefoltert und ermordet.“ Deshalb, so betonte Michael Sommer, sei der Gedenktag mahnende Erinnerung für die Gewerkschaften: „Unsere Geschichte verpflichtet uns bis heute zum Handeln gegen Rassismus, Antisemitismus und Intoleranz“. www.zerschlagung-gewerkschaften1933.de

Impressum

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Handwerkspolitik
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin
Telefon: 030 / 240 60 – 309, Telefax: 030 / 240 60 – 670
E-Mail: handwerk@dgb.de
Internet: www.handwerk.dgb.de
Verantwortlich: Dietmar Hexel
Redaktion: Helmut Dittke
Redaktionelle Bearbeitung: Graewis Verlag GmbH
Gestaltung, Druck und Vertrieb: PrintNetwork pn GmbH

Kammerwahlen 2013/14

Aktiv in der Selbstverwaltung

Mitbestimmung der Beschäftigten hat im Handwerk Tradition: Bei den Handwerkskammerwahlen wählen die ArbeitnehmerInnen ihre Vertreter in die Vollversammlung der Kammer. Dort und in den Ausschüssen der Handwerkskammer kann die Arbeitnehmerseite jede Menge mitentscheiden und Verbesserungen anstoßen. In diesem und im kommenden Jahr finden in vielen Kammerbezirken Wahlen zur Vollversammlung statt.

Über 2000 gewählte Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter sind in den Vollversammlungen und Ausschüssen der 53 deutschen Handwerkskammern aktiv. Zehntausende engagieren sich in den Prüfungsausschüssen der einzelnen Handwerksberufe für faire und qualitativ gute Prüfungsverfahren. „Die handwerkliche Selbstverwaltung, also die Arbeit in den Vollversammlungen, Ausschüssen sowie Prüfungs- und Gesellenausschüssen, lebt zu einem ganz gehörigen Teil von der ehrenamtlichen Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen der Arbeitnehmerseite“, sagt Helmut Dittke, Leiter Handwerkspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Deshalb ist für den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften klar: Bei den anstehenden Handwerkskammerwahlen geht es darum, die Position der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter zu stärken.

Unterstützung fürs Ehrenamt

Dazu gehört ganz praktische Unterstützung: DGB und Gewerkschaften sind für die Kolleginnen und Kollegen in der Selbstverwaltung kompetenter Ansprechpartner für Fragen rund um Sozial-, Arbeits- und Handwerkspolitik – vor Ort ebenso, wie auf Landes- und Bundesebene. Gleichzeitig ist auch das Ehrenamt im Handwerk auf Nachwuchs angewiesen. Der DGB will deshalb die Aktiven vor Ort auch dabei unterstützen, neue engagierte Kolleginnen und Kollegen für die Selbstverwaltung zu interessieren und zu gewinnen. „Kolleginnen und Kollegen, die das erste Mal vom Begriff ‚Selbstverwaltung‘ oder der Vollversammlung und den Ausschüssen hören, ist oft nicht klar, was genau dahinter steckt. Vielen ist nicht bewusst, dass auch sie selbst dort aktiv werden und ganz konkret mitbestimmen können“, meint Helmut Dittke. „Deshalb haben wir uns entschieden, möglichen Interessierten oder potenziellen Kandidaten, die wichtigsten Informationen in kurzer, knapper Form an die Hand zu geben.“ Das Ergebnis: Die neue „DGB akut“-Broschüre mit dem Titel „Aktiv werden fürs Handwerk“ (siehe Abbildung).



Beschäftigte fürs Ehrenamt werben:

Wer sich für ein Ehrenamt in der Selbstverwaltung des Handwerks interessiert, hat am Anfang viele Fragen. Wie funktionieren Selbstverwaltung und Ehrenamt im Handwerk? Was können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Handwerk mitbestimmen? Und wie können Beschäftigte in der Handwerkskammer aktiv werden? Die wichtigsten Antworten bietet in

aller Kürze das neue DGB-akut „Aktiv werden fürs Handwerk“: Die übersichtliche Broschüre hilft Interessierten bei ihrem Einstieg in ein handwerkliches Ehrenamt und die handwerkliche Mitbestimmung. Bestellungen sind ab sofort über den DGB-Bestellservice möglich: www.dgb-bestellservice.de

Handwerkskammerwahlen 2013/2014



Handwerkskammerwahlen 2013 und 2014: In vielen Handwerkskammerbezirken finden in diesem oder im kommenden Jahr die Wahlen zu den Vollversammlungen der Handwerkskammern statt (siehe Grafik). Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich dabei für starke Arbeitnehmergruppen in der Selbstverwaltung des Handwerks ein. Die voraussichtlichen Wahltermine gibt's auf: www.handwerk.dgb.de

Selbstverwaltung auf den Punkt gebracht

Die Broschüre erläutert kurz die wichtigsten Begriffe rund um die handwerkliche Selbstverwaltung und zeigt kurze Beispiele für Themen, bei denen Arbeitnehmervertreter in der Handwerkskammer konkrete Verbesserungen erreichen können. Außerdem motiviert sie, den Schritt ins handwerkliche Ehrenamt zu wagen – und sie macht klar: Jede und jeder Beschäftigte im Handwerk kann aktiv werden: Die Kompetenzen und Erfahrungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden in der Selbstverwaltung dringend gebraucht. Die Broschüre gibt dem Ehrenamt im Handwerk zudem ein Gesicht: Bereits aktive „Selbstverwalter/innen“ aus den verschiedensten Handwerksberufen erklären, was für sie die ehrenamtliche Arbeit in der Handwerkskammer bedeutet. Daneben bietet das „DGB akut“ natürlich auch die Links zu den wichtigsten Terminen, Kontakten und Hintergründen. „Mit Hilfe der Broschüre können wir unsere Kolleginnen und Kollegen vor Ort über Bedeutung der Handwerkskammerwahlen informieren und sie für ein Engagement in der Selbstverwaltung interessieren“, beschreibt Helmut Dittke die Zielsetzung. Denn in 2013 und 2014 wird in über 30 Handwerkskammern die Vollversammlung neu gewählt. Den Anfang machen im September und November 2013 die Kammern Magdeburg sowie Braunschweig-Lüneburg-Stade.

Solidarität kennt keine Grenzen

Die enorm hohe Jugendarbeitslosigkeit ist momentan eines der größten und dringendsten Probleme in Europa.

Europaweit liegt die offizielle Jugendarbeitslosenquote bei 23,4 Prozent und ist damit mehr als doppelt so hoch wie die gesamte Arbeitslosenquote (10,7 Prozent). In Spanien und Griechenland liegt der Anteil mittlerweile bei fast 60 Prozent. Verglichen damit ist die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland mit acht Prozent tatsächlich gering, aber auch in dem vermeintlichen Musterland ist die Lage für junge Menschen schwieriger als oftmals dargestellt: Nach wie vor gibt es nicht ausreichend Ausbildungsplätze für Ausbildungsinteressierte, die stattdessen in Übergangsmaßnahmen zwischengeparkt werden. Immer noch haben 15 Prozent der Altersgruppe von 20 bis 34 Jahren keinen Berufsabschluss – das sind 2,2 Millionen junge Menschen – und nach wie vor landen immer mehr junge Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Die Zahlen verdeutlichen, dass in allen europäischen Ländern besonders die jungen Menschen unter den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise leiden. Die dramatischen Zahlen der Jugendarbeitslosigkeit in Europa zwingen zu raschem Handeln. Denn junge Menschen in Europa brauchen sichere Perspektiven. Momentan stehen aber sowohl die Gegenwart als auch die Zukunft der jungen Generation auf dem Spiel.

Geredet wird viel über die Situation. Gleichzeitig herrscht aber Ratlosigkeit vor, politische Lösungen sind bisher auch Fehlanzeige. Da gerade die Länder, wie Deutschland oder Österreich, die eine duale Ausbildung haben, bei der Jugendarbeitslosigkeit verhältnismäßig gut dastehen, soll das Modell der dualen Ausbildung nach ganz Europa exportiert werden.

Die Verknüpfung von praktischem Lernen mit theoretischer Fundierung hat sich bewährt. Die DGB-Jugend ist skeptisch. „Dieses System, das in Deutschland über Jahrzehnte gewachsen ist und auf eine noch längere Tradition zurückblicken kann, ist aber nicht einfach so auf andere Situationen zu übertragen.“ Zum einen werden zentrale Probleme, wie der Zugang von Ausbildungsinteressierten in Ausbildung oder die teilweise auch schlechte Ausbildungsqualität verschwiegen, zum anderen sind viele kulturelle und (bildungs-)politische Gegebenheiten in den betroffenen Ländern verschieden. Es muss auch geklärt werden, ob und wie die Gewerkschaften beteiligt werden oder die Wirtschaft ihrer Verantwortung nachkommt, fordert der DGB.

Ein weiterer, gerne von der deutschen Regierung vorgebrachter Vorschlag ist, Jugendliche aus den am stärksten betroffenen Ländern nach Deutschland einzuladen, damit sie hier ihre Ausbildung machen. Für den DGB steht fest: Natürlich sind Jugendliche aus anderen Ländern, die in Deutschland eine Ausbildung machen wollen, herzlich willkommen. Das gehört zu einem selbstverständlichen europäischen solidarischen Miteinander. Allerdings müssten für diese ausbildungsinteressierten jungen Menschen die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, fordert die DGB-Jugend. Dazu gehört eine Willkommenskultur, die klar zeigt: „Wir freuen uns, dass ihr da seid und wir unterstützen euch“. Dazu gehört die Sicherstellung von Sprachkursen, einer angemessenen Unterkunft

und einer Begleitung der jungen Menschen. Ganz klar ist, dass für sie auch die gleichen Arbeits- und Ausbildungsbedingungen gelten müssen – gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleiche Rechte. Diesem Anspruch wird das Programm der deutschen Regierung nur bedingt gerecht. Es erweckt vielmehr den Anschein, dass vor allem für die Branchen, die wegen schlechter Ausbildungsbedingungen Probleme haben, Nachwuchskräfte zu finden, Jugendliche „importiert“ werden sollen.

Für die DGB-Jugend steht fest: bei der Lösung des Problems kann nur ein gemeinsames und solidarisches Handeln helfen. Die gerade viel diskutierte Jugendgarantie kann bei guter Ausgestaltung und Angeboten, die nachhaltig Perspektiven sichern, ein wichtiger Schritt in diese Richtung sein. Damit sie aber überhaupt erst funktionieren kann, sind die notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen. Das bedeutet ganz konkret ein Ende der Sparpolitik. Der DGB hat mit seinem Konzept des „Marshallplans für Europa“ und dem Ansatz eines langfristig angelegten Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramms eine Alternative dazu aufgezeigt.



Copyright: IG Metall

Solidarität mit Europas Jugend – auch die IG Metall zeigt sich bei einer Aktion der DGB-Jugend in Frankfurt am Main solidarisch mit jungen Menschen in Spanien, Griechenland, Portugal und anderen europäischen Staaten, in denen Hunderttausende von Jugendlichen arbeitslos sind.

Weitere Informationen zum Marshallplan:
www.dgb.de/-/5Vx

„Wir brauchen einen Kurswechsel“

Ob aus der Europäischen Union was wird, wird sich daran zeigen, wie sie mit der jungen Generation umgeht. Débora Alves vom Jugendausschuss des portugiesischen Gewerkschaftsdachverbandes UGT sagt, was jetzt notwendig ist.

Débora, Jugendarbeitslosigkeit ist ein Thema, das Europa nicht mehr loslässt. Du triffst dich in Berlin mit anderen jungen Gewerkschaftern, um Strategien zu diskutieren...

Also erstmal: Ich finde es super, dass wir auf Einladung des DGB in Berlin sein können. Wir brauchen die Zusammenarbeit in Europa aber auch: Die Arbeitslosigkeit hat historische Ausmaße angenommen. Ich finde, man muss in die Jugend investieren, um die Zukunft zu sichern.

Wie sieht es derzeit in Portugal aus?

Junge Portugiesen sind der Arbeitslosigkeit mehr als andere Altersgruppen ausgesetzt. Bei uns in Portugal betrug die Jugendarbeitslosenrate bis vor kurzem 37,7 Prozent – 52,2 Prozent männlich und 47,8 Prozent weiblich. Das sind 161.000 junge Menschen. Aber die Zahl steigt rapide – im letzten Quartal auf 40 Prozent!

Welchen Blick hat die junge Generation auf das Problem?

Wenn die Jugendlichen überhaupt Arbeit finden, dann ist sie prekär und ohne großen Bildungszugang. Sie finden keine Wohnung und sind auch sozial schlecht abgesichert. Und manche haben sich schon richtiggehend aufgegeben. Wir haben eine hohe Zahl von Jugendlichen, die jetzt schon langzeitarbeitslos sind. Die werden lethargisch, bewerben sich nicht mehr und werden dann nicht mal mehr mitgezählt. Das ist ein Teufelskreis.

Mobilitätsförderung im Handwerk

Auszubildende im Handwerk, die gerne berufspraktische Erfahrung im Ausland sammeln wollen, berät und unterstützt der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (AuL). In Kooperation mit Partnereinrichtungen vermittelt AuL beispielsweise Köche und Konditoren nach Frankreich oder Maßschneiderinnen und Maßschneider nach Italien oder Spanien. Auch junge Tischler, Zimmerleute und Steinmetze befanden sich unter den erfolgreich vermittelten HandwerkerInnen.

Welche Folgen hat das?

Sie können nicht zu Hause ausziehen. Das mag zwar banal klingen, aber damit ist verbunden, dass sie privat und damit auch beruflich nicht von der Stelle kommen, nicht mobil sind. Wenn die Lage der Jugend irgendwie verbessert werden soll, dann muss diese Emanzipation der Jugend ein zentrales Element bei der Durchführung aller Maßnahmen sein. Die Fragen der Beschäftigung und Wohnen kann und sollte nicht getrennt werden.

Wie stehen portugiesische Gewerkschafterinnen zur Europäischen Union?

Prekäre Beschäftigung, Armut, Stillstand: Keiner dürfte abstreiten, dass die Europäische Union völlig neue Realitäten hervorbringt. Hier brauchen wir einen Kurswechsel – in Richtung sozial ausgewogene und nachhaltige Beschäftigung. Wenn hier nichts geschieht, zahlt Europas Jugend dafür einen hohen Preis. Aber auch andere werden sich wundern: Wenn man nichts dafür tut, die Situation der Jugend zu verbessern, dürfte dies teurer werden, als alles, was man in Bildung, Ausbildung und Arbeit investiert. Europa sollte seine Ressourcen nutzen. Die UGT wird jedenfalls weiter die Alarmglocken läuten!

Wo setzt die UGT an?

Wir wollen Kinderarmut bekämpfen, die Gleichstellung vorantreiben und natürlich die soziale Inklusion der Jugend. Wir brauchen Maßnahmen gegen Schulabbrüche, einen besseren Zugang zu Bildung und eine Verbesserung der Ausbildungsqualität. Kurz: Gute Arbeit.

In Zusammenarbeit mit ARBEIT UND LEBEN Berlin koordiniert der Bundesarbeitskreis mehrere dieser sogenannten „Mobilitätsprojekte“, die sich an Auszubildende und Personen mit bereits abgeschlossener Berufsausbildung wenden. Zu letzterer Kategorie gehören vor allem auch Gesellinnen und Gesellen, die nach Abschluss ihrer Lehre im Ausland zusätzliche Erfahrungen gewinnen wollen.

Eine Langfassung dieses Textes finden Sie unter:
www.handwerk.dgb.de



Copyright: DGB/Menze

Débora Alves von der portugiesischen UGT schildert die Situation in ihrer Heimat.

Das scheint anzukommen. Bei den Protesten gegen die Jugendarbeitslosigkeit kürzlich in Portugal waren eine Million Menschen auf der Straße – zehn Prozent der Bevölkerung.

Ja, die Solidarität ist groß! Kein Wunder: Denn wenn Jugendliche arbeitslos sind, dann geht das alle an. Das wissen die Leute, denn die Lage der Eltern ist ebenfalls sehr kompliziert. Immer mehr Betriebe schließen. Ganze Familien werden derzeit arbeitslos. Das führt dazu, dass Kredite und Mieten nicht mehr bezahlt werden können. Neben allen anderen Schwierigkeiten droht auch noch Obdachlosigkeit.

Inwiefern seid ihr als UGT mit dem Thema ganz direkt konfrontiert?

Nun, arbeitslose Jugendliche wenden sich eher an die einzelnen Gewerkschaften. Ab und zu gibt es direkte Kontakte, da versuchen wir natürlich zu helfen. Wir arbeiten auf der politischen Ebene: Gerade ist unsere Kampagne „Operation Arbeitslosigkeit“ angelaufen. Wir setzen uns dafür ein, dass Qualifizierungsmaßnahmen besser auf den einzelnen zugeschnitten werden. Hier geht es vor allem um benachteiligte Jugendliche. Dabei arbeiten wir mit dem Institut für Berufsausbildung zusammen, einer staatlichen Stelle. Die „Operation“ richtet sich an alle in allen Branchen. Darüber hinaus sind wir in der EGB-Jugend vernetzt – so haben wir Einflussmöglichkeiten in ganz Europa.

Interview: Jürgen Kiontke/DGB-Jugend

Abschied vom goldenen Boden

Das Handwerk erlebt einen dramatischen Strukturwandel. Wo früher viele kleine und mittelgroße Betriebe existierten, dominieren heute große Unternehmen einzelne Branchen. Eine Herausforderung für die Selbstverwaltung, Betriebsräte und Gewerkschaften.

Der Betrieb, in dem Dachdeckermeister Xaver Fischer* arbeitet, boomt: Die Gebäudedämmung hat sich – dank Energieeinsparverordnung – zum guten Geschäft entwickelt. Das Unternehmen ist im letzten Jahrzehnt massiv gewachsen, zu einem „ganz merkwürdigen Geflecht an Firmen“, wie Fischer sagt: 100 Betriebe unterschiedlicher Gewerke, mit eigenständigen GmbHs. Dieser Handwerkskonzern werde zentral gesteuert, der Betriebsrat ist am Stammsitz des Unternehmens. Es gebe klare Renditevorgaben, „und jedes Jahr muss eine Steigerung her“.

Eine konzernweit organisierte Belegschaft scheint dabei zu stören: Als sich ein paar Arbeitnehmervertreter jener Handvoll Betriebe der Unternehmensgruppe, die überhaupt einen Betriebsrat besitzen, im vergangenen Jahr treffen wollten, bekam die Geschäftsführung Wind davon. „Sie haben massiv Druck ausgeübt. Kollegen sind eingeschüchtert und bedroht worden. Die haben das Treffen schließlich abgesagt“, sagt Fischer, der nicht mit richtigem Namen genannt werden will: Wegen seines Engagements hat er bereits Abmahnungen bekommen.

Die Zeiten, in denen im Handwerk gestrenge Familienpatriarchen die Geschicke lenkten, sind zunehmend vorbei. „Wir erleben einen dramatischen Strukturwandel“, betont DGB-Handwerkssekretär Helmut Dittke. Die Soziologin Stefanie Weimer, die im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung die Entwicklungen im Handwerk seit 1995 untersucht hat, untermauert dies mit Zahlen: Um fast ein Drittel schrumpfte die Menge der Betriebe mit zehn bis neunzehn Beschäftigten, etwas geringer fiel der Rückgang bei den kleineren Firmen ab fünf Mitarbeitern aus. „Die Mitte dünnt sich zunehmend aus“, analysiert Weimer. Nach Aufhebung der Zulassungspflicht 2004 nahmen Kleinbetriebe massiv zu, mit Scheinselbstständigen und Sub-Subunternehmern entstand ein neues Handwerksprekariat.

Vor allem aber wird das Bild immer mehr durch eine wachsende Zahl großer Hand-



„Die kleine Bäckerei, in der alles selbst hergestellt wird, steht unter starkem Wettbewerbsdruck. Brot- und Backwaren werden immer häufiger von großen Konzernen produziert.“

werkskonzerne geprägt, die sich auch in Branchen wie Gebäudemanagement, Bäcker- oder Kfz-Handwerk ausgebreitet haben. Entwicklungen, die die Identität des Handwerks ins Wanken bringen: Einbetrieblichkeit und Meisterbindung, einst die Merkmale von Handwerksfirmen, sind auf dem Rückzug, auch die einst engen Grenzen der Gewerke verschwimmen.

Damit funktioniert auch die eingespielte Tarif- und Sozialpartnerschaft nicht mehr: Weder die Kleinstunternehmer des neuen Handwerksprekariats noch die überregional agierenden Handwerkskonzerne fühlen sich durch Innungen vertreten. Immer mehr Handwerksbetriebe treten aus – und fallen damit aus der Tarifbindung. Nur noch die Hälfte der Betriebe im Kfz- und im Elektrowerkzeughandwerk sind Innungsmitglieder, beklagt auch die IG Metall.

Für die Verdienstsituation im Handwerk hat das dramatische Folgen: Lag das Einkommen eines Handwerkers 1981 im Schnitt noch gleichauf mit demjenigen in anderen Wirtschaftsbereichen, so verdiente er 2006 nach Zahlen der Wissenschaftlerin Weimer nur noch knapp drei Viertel so viel – im Osten gar nur die Hälfte. Die schöne neue Handwerkswelt, für die derzeit eine millionenschwere Imagekampagne wirbt, geht einher mit einem Schrumpfen der Tariflöhne in der Fläche und einem massiven Anstieg von Haustarifverträgen. Ein Flickenteppich, der sich innerhalb der neuen Hand-

werkskonzerne fortsetzt, wie Stefanie Weimer beobachtet hat.

Die neuen Strukturen im Handwerk stellen Gewerkschaften wie Betriebsräte vor große Herausforderungen: Wie können sie dem Prinzip „teile und herrsche“ knallharter Investorengesellschaften begegnen, die kleine, rechtlich eigenständige Niederlassungen und Filialen schaffen – und so bewährte Tarif- und Mitbestimmungsstrukturen unterlaufen?

Ein Lösungsweg führt nach Ansicht der Wissenschaftlerin Weimer über die überbetriebliche Interessenvertretung. Zu einer „Instanz, die über den Einzelbetrieb hinausgehende Einheit und Solidarität stiftet“ könnten sich Gesamt- und Konzernbetriebsräte entwickeln.

Ein Beispiel, wie sich überbetriebliche Mitbestimmung erfolgreich organisieren lässt, ist die GA-Gruppe, die Stromleitungen, Kraftwerke und Trafostationen baut und wartet. Seit der heutige Konzernbetriebsratsvorsitzende Manfred Krüger bei der GA ist, ist sie nun zum vierten Mal verkauft worden. Ein Hin und Her, das typisch für die neuen Unternehmensgruppen ist – und bei deren häufiger Neuorganisation Tarifbindung und Mitbestimmung oft auf der Strecke bleiben.

Augenfällig wurde die Ungerechtigkeit im Jahr 2008: Als die GA-Gründungen im Osten mit der Konzernschwester in Niedersachsen zur GA-EAN fusionierten, verdienten die Ost-

Monteure für die gleiche Arbeit auf derselben Baustelle 1000 Euro weniger als ihre Kollegen aus dem Westen. Doch der erfahrene schwäbische Betriebsrat Krüger schloss sich mit dem GBR-Chef der GA-EAN, Uwe Schmelzer, kurz. Bei einer legendären Betriebsversammlung mobilisierten sie 75 Monteure für eine IG-Metall-Mitgliedschaft. Ein Jahr später hatte die GA-EAN einen Haustarif: Mit höherem Eckentgelt, mehr Urlaub, höherem Weihnachtsgeld.

In enger Abstimmung mit den Standortbetriebsräten und der Gewerkschaft haben es Krüger und Schmelzer seitdem geschafft, den tariflichen Flickenteppich in der GA-EAN von acht auf vier Tarifverträge zu reduzieren. „Doch die räumliche und flächenmäßige Ausdehnung macht uns zu schaffen“, klagt Krüger. Die GA-Standorte ziehen sich von Görlitz im äußersten Osten bis Neuss nahe der niederländischen Grenze. Krüger und Schmelzer können den Laden nur zusammenhalten, weil sie freigestellt sind. Doch damit sind sie in der Minderheit, betont die Mitbestimmungs-Forscherin Stefanie Weimer. Im gesamten IG-Metall-Organisationsbereich des Handwerks kennt sie nur 240 Freistellungen: „Damit fehlt die Basis für eine effektive überbetriebliche Interessenvertretung“.

Ein Dilemma sei auch, dass die finanziellen und personellen Ressourcen für die gewerkschaftliche Handwerksarbeit schwänden, betont Stefanie Weimer. Denn gleichzeitig steige der Betreuungsbedarf, gerade bei den Unternehmensgruppen. Die Betreuung der kleinen, dezentralen Standorte mit wenigen Mitarbeitern vor Ort lohne sich für die einzelne Verwaltungsstelle aber oft nicht. Eine Lösung hierfür, wie sie auch Weimer für zukunftsweisend hält, haben hierfür die GA-Betriebsräte gefunden: Die Betreuung wird auf zwei Verwaltungsstellen – Süd und Nord – konzentriert. „Egal auf welcher Baustelle der Monteur gerade ist, er kann seinen Gewerkschaftsmitgliedsausweis zücken und sein Problem wird gehört“, sagt Konzernbetriebsratsvorsitzender Krüger.

Zu einer neuen Organisationsstruktur im Handwerk, die sich dem Strukturwandel anpasst, könnte laut der Wissenschaftlerin Weimer auch eine Neuverteilung der Mittel einhergehen. So könnte den Betriebsräten Mitsprache darüber eingeräumt werden, in welche Verwaltungsstelle die Mitgliedsbeiträge ihrer Standorte fließen sollen.

*Name geändert

Text von Lukas Grasberger
Mehr dazu: www.handwerk.dgb.de/-/Js1

Weiterbildung Bildungsfahrplan verabschiedet



Um die Ziele der Energie- und Klimapolitik zu erreichen, müssen die Beschäftigten in der Baubranche die Chancen haben, sich weiterzubilden. Nun hat die Initiative Build Up Skills (dt. Fähigkeiten ausbauen), an der DGB, IG Metall und IG BAU gemeinsam mit Kammern und Verbänden des Handwerks und anderen Organisationen mitarbeiten, einen nationalen Qualifizierungsrahmen verabschiedet. Dort heißt es: „Trotz des schon hohen Bildungsstandards der am Bau Beschäftigten in Deutschland [...] bleiben somit Qualifizierungslücken, die es zu schließen gilt.“ Der nationale Qualifizierungsfahrplan sieht dafür Lösungsvorschläge und Aktionen vor. Unter anderem soll ein Qualifikationsfrüherkennungssystem, eine zielgruppen- und marktorientierte Weiterbildungsdatenbank errichtet werden. Zudem sollen AusbilderInnen regional geschult werden. Aktionen und Weiterbildung sollen dazu beitragen, dass alle bei der Sanierung und beim Bau eines Hauses Beteiligten ein besseres Verständnis vom gesamten Bauprozess bekommen. Die Arbeit der nationalen Qualifikationsplattform soll in einer zweiten Projektphase fortgeführt werden. Mehr Infos unter: www.handwerk.dgb.de

16. Gesellentagung Potsdam ZDH-Generalsekretär für stärkere Tarifbindung

Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), hat sich für die Sozialpartnerschaft und eine stärkere Tarifbindung im Handwerk ausgesprochen. Auf dem 16. Potsdamer Gesellentag hob er die Vorteile von Tarifverträgen hervor. „Gerade für kleine und mittlere Betriebe bieten Tarifverträge ja viele Vorteile.“ So gäben sie den Branchen einen kalkulierbaren Ordnungs- und Orientierungsrahmen und legten den Grundstein für gute Arbeits- und Einkommensbedingungen. Ferner verhinderten sie „einen ruinösen Wett-



Die Teilnehmer auf dem Podium (v.l.) Lothar Erdmann (Arbeitnehmer-Vizepräsident HWK Potsdam), Holger Schwannecke (ZDH-Generalsekretär) und Ralph Bührig (Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Potsdam)

bewerb für die kleinen Betriebe im Handwerk“. Sie gewährleisteten Transparenz für Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen und würden es beiden Parteien ersparen, vor Ort zeitraubende Verhandlungen und Neujustierungen von Entgelten und Arbeitsbedingungen zu führen. Schwannecke betonte zudem, wie wichtig ein hoher Organisationsgrad im Handwerk für Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften ist.

IG BAU

Bildung in den Fokus

Die IG BAU stellt die Themen Bildung und Qualifizierung in den Mittelpunkt der Bundeshandwerkskonferenz. So fordert der stellvertretende IG-BAU-Vorsitzende Dietmar Schäfers, das duale Ausbildungssystem zu verteidigen und das Handwerk für junge Menschen wieder attraktiver zu machen. Zudem mahnt er mehr Miteinander und Diskussion innerhalb der IG BAU an. Immer öfter gebe es in verschiedenen Gremien, wie zum Beispiel Prüfungsausschüssen, Probleme, die IG BAU adäquat zu vertreten. Aus- und Weiterbildung seien elementar für die Gesellschaft, darum müsse die Stimme der IG BAU dort „lautstark“ zu hören sein. Die Delegierten bestätigten Werner Baas im Amt des Sprechers der Bundeshandwerkskonferenz. Verabschiedet wurde der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Berufliche Qualifizierung Wolfgang Kawollek.



Personalie



Karl-Heinz Westphal



Thomas Bredow

Die Vollversammlung der Handwerkskammer Hamburg hat bei ihrer Sitzung Ende März Karl-Heinz Westphal, 56, zum neuen Arbeitnehmer-Vizepräsidenten gewählt. Sein Vorgänger Thomas Bredow, 48, hatte sein Mandat zum Jahresende niedergelegt. Bredow gibt die ehrenamtliche Vorstandsarbeit aus beruflichen Gründen auf. Seit Jahresbeginn arbeitet er als Gewerkschaftssekretär bei der IG Metall Küste. Er gehört der Vollversammlung seit 1999 an, war seit 2009 Vizepräsident und wirkt seit 2004 im Ausschuss für Wirtschaft und EU-Politik mit. Darüber hinaus hat er die Arbeitnehmerinteressen auf Bundesebene im Ausschuss für Berufsbildung des deutschen Handwerkskammertages vertreten. Karl-Heinz Westphal ist Elektroinstallateur und seit 2005 Mitglied der Vollversammlung.

Copyright: 2 x privat

Copyright: HWK Potsdam

Vizepräsidenten Bayern Treffen mit SPD- Landtagsfraktion

Zu einer Diskussionsrunde haben sich Vertreter der Arbeitnehmer-Vizepräsidenten mit Vertretern der bayrischen SPD-Landtagsfraktion getroffen. Übereinstimmende Meinungen gab es zu den Themen Kammerwesen, Meisterbrief und Pflichtmitgliedschaft und zum dualen

Ausbildungssystem. Die Vizepräsidenten machten deutlich, wie wichtig ihnen die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen in den Handwerkskammern ist. Zudem unterstrichen sie den Stellenwert der Themen Tarifpolitik und Mindestlohn. Breiten Raum nahm auch die Diskussion über den Fachkräftemangel ein. Abweichende Meinungen gab es bei den Themen Energiewende, Solidaritätszuschlag und Rente mit 67.

Und die Selbstverwaltung des Handwerks – also die Vollversammlungen und Ausschüsse der Kammern und Innungen – braucht starke, qualifizierte und engagierte Arbeitnehmervertreter. Im Rahmen des Seminars werden insbesondere PrüferInnen durch Beratungs- und Bildungsangebote konkret dabei unterstützt, nachhaltige ehrenamtliche Strukturen zu schaffen und sich in ihren Kammern und Innungen in den Ausschüssen aktiv zu beteiligen. Das erste Seminar 2013 soll in der Zeit vom 15. bis 19. Juli im ver.di Bildungszentrum Walsrode stattfinden. Ein weiteres Seminar ist vom 21. bis 25. Oktober geplant. Interessierte Kolleginnen und Kollegen können sich per Mail an handwerk@dgb.de voranmelden.



Copyright: HWK Bayern

Arbeitnehmer-Vizepräsidenten der bayerischen HWKs und VertreterInnen der SPD-Landtagsfraktion

Seminare für PrüferInnen Jetzt anmelden

Auch im Jahr 2013 plant der DGB in Kooperation mit ver.di Qualifizierungsseminare für Mitglieder in Prüfungsausschüssen in Handwerkskammern und Innungen. Zudem können sich Vizepräsidenten und Multiplikatoren aus der Selbstverwaltung sowie am Ehrenamt Prüfer/-in Interessierte weiterbilden. Ehrenamtlicher Einsatz lebt vom Mitmachen.

Treffen mit Kurt Beck



Copyright: HWK Rheinhessen

Die Arbeitnehmer-Vizepräsidenten der rheinland-pfälzischen Handwerkskammern, Michael Lehnert (HWK der Pfalz), Josef Reinert (HWK Trier) und Karl-Heinz Adam (HWK Rheinhessen), trafen sich im Januar 2013 zum Gespräch mit dem scheidenden Ministerpräsidenten Kurt Beck (SPD) in der Staatskanzlei in Mainz. Beck verabschiedete sich von den Arbeitnehmervertretern.

Antrag auf Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft des DGB

Der Mitgliedsbeitrag beträgt in der Regel ein Prozent des Bruttoeinkommens. Stark vergünstigte Beiträge gibt es für Studierende, Arbeitslose und Rentner. Weitere Infos unter: www.dgb.de/service/mitglied_werden

Ausfüllen, unterschreiben und an DGB-Bundesvorstand, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin schicken.

Name: _____
Vorname: _____
Straße / Haus-Nr.: _____
PLZ / Wohnort: _____
Geburtsdatum: _____
Nationalität: _____ Geschlecht: _____
Telefon: _____
E-Mail: _____
Beschäftigung bei: _____
Beruf: _____
Beruflicher Status
 Arbeiter/in Angestellte/r Beamtin/Beamter
 Auszubildende/r Student/in Sonstiges
Monatl. Bruttoeinkommen: _____
Geldinstitut: _____
Konto-Nr.: _____ Bankleitzahl: _____

Datum / Unterschrift _____

Ich bin damit einverstanden, dass die von mir gemachten Angaben einschließlich eventueller Änderungen und Ergänzungen zur Erledigung aller im Zusammenhang mit der Mitgliedschaft stehenden Aufgaben, insbesondere der Mitgliederbestandsverwaltung, der Mitgliederinformationen sowie des Beitragabzuges im erforderlichen Umfang – auch durch Datenträgeraustausch – mit Hilfe von Computern (automatisiert) verarbeitet und genutzt werden können.

Ich bevollmächtige nebenstehend angekreuzte Gewerkschaft, meinen satzungsgemäßen Beitrag bei Fälligkeit von meinem oben angegebenen Konto per Lastschrift abzubuchen. Sollte mein Konto die erforderliche Deckung nicht ausweisen, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Einlöseverpflichtung. Die vorstehende Einverständniserklärung sowie die Lastschriftbevollmächtigung kann ich nur gegenüber der oben genannten Gewerkschaft widerrufen.

Datum / Unterschrift _____



In stillem Gedenken

Am 18. März 2013 starb Wolf-Peter Niesel kurz vor Vollendung seines 62. Lebensjahres. Seit 1989 gehörte er der Vollversammlung des Berliner Handwerks an, 1994 wurde er als Gesellenvertreter in den Vorstand der Handwerkskammer gewählt. Besonders am Herzen lagen dem Bäcker und NGG-Mitglied die Ausbildung des fachlichen Nachwuchses. DGB und Gewerkschaften würdigen seinen Einsatz für die Belange der ArbeitnehmerInnen im Handwerk.